

Tanzien um die Fortgelung des *Münchener Abkommens* von 1938⁸¹ sowie SPD- und Koalitions-internen Querelen unterschrieben werden konnte.⁸² Vor allem die verschärfte Haltung der Sowjetunion und ihrer Satelliten gegenüber Berlin nahm der Ostpolitik Brandis und Bahrs viel von ihrem Glanz.

Tab. 2: DIE OSTVERTRÄGE

Vertrag	Verhandlungsdauer	Abschluß
Moskauer Vertrag (Bundesrepublik-Sowjetunion)	Gespräche Bahr-Gromyko (Januar - Mai 1970) Verhandlungen Scheel-Gromyko (26.7.-7.8.1970)	Unterzeichnung 12.8.1970 Ratifizierung 17.5.1972 Inkrafttreten 3.6.1972
Warschauer Vertrag (Bundesrepublik-Polen)	Gespräche Duckwitz-Wieniecwicz (Februar - Oktober 1970) Verhandlungen Scheel-Jedrychowski (3.11.-13.11.1970)	Unterzeichnung 7.12.1970 Ratifizierung 17.5.1972 Inkrafttreten 3.6.1972
Berlin-Abkommen (Vier Mächte)	Verhandlungen der Botschafter der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs (März 1970 - September 1971)	Unterzeichnung durch die Außenminister der Vier Mächte und Inkrafttreten 3.6.1972 (Voraussetzung für Inkrafttreten des Moskauer und Warschauer Vertrags)
Grundlagenvertrag (Bundesrepublik-DDR)	Gespräche Bahr-Kohl (Juni - August 1972) Verhandlungen Bahr-Kohl (16.8.-8.11.1972)	Unterzeichnung 21.12.1972 Ratifizierung 11.5.1973 Inkrafttreten 21.6.1973
Prager Vertrag (Bundesrepublik-Tschechoslowakei)	Verhandlungen Frank-Götz (7.5.-20.6.1973)	Unterzeichnung 11.12.1973 Ratifizierung 20.6.1974

⁸¹ Im Münchener Abkommen hatte Hitler im September 1938 durch ultimative Forderungen gegenüber Frankreich, Großbritannien und Italien durchgesetzt, daß die Tschechoslowakei die überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens (Sudetenland) an das Deutsche Reich abtreten mußte. Nach 1945 gab es immer wieder Auseinandersetzungen über die völkerrechtliche Qualität des Münchener Abkommens.

⁸² Vgl. Link, 1986, 229-231.

In einem offiziellen Schreiben mußte der Bundeskanzler US-Präsident Nixon im Januar 1974 bitten, sich in Moskau für einen reibungslosen Ablauf des Transitverkehrs zu verwenden. Ohne die amerikanische Schutzmacht, das machte dieser Vorfall deutlich, blieb die Erfolgsaussicht der deutschen Ostpolitik gering und der Spielraum der Bundesregierung begrenzt.⁸³ Von der Hoffnung, über die Ostverträge auch die Blockkonfrontation mildern und eine gesamteuropäische Entspannungspolitik lancieren zu können, war 1973/74 nicht mehr viel übrig geblieben. Vor allem im Verhältnis der beiden deutschen Staaten bewegte sich kaum etwas. *"Nirgendwo waren die Schritte kleiner und die Worte größer als in den deutschen Beziehungen"*, resümierte Garton-Ash später.⁸⁴

Das Erreichte sichern:

die Ostpolitik der Regierung Schmidt/Genscher (1974-1982)

Mit der Stagnation der Ost- und Deutschlandpolitik war nicht nur das wichtigste Projekt der sozial-liberalen Koalition beschädigt, sondern auch der Mann angeschlagen, der sie wie kein anderer verkörperte: Willy Brandt. Der Glanz außenpolitischer Erfolge konnte nun nicht länger die zunehmenden finanz- und wirtschaftspolitischen Krisen überdecken, die bereits 1972 zu den Rücktritten der zuständigen Minister Alex Möller und Karl Schiller geführt hatten. Der Bundeskanzler erschien nun immer mehr als ein Mann, der seine wichtigsten Ziele zwar erreicht hatte, dessen Energie aber verbraucht war und dem die Regierungszügel aus der Hand glitten.⁸⁵ Vor allem der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, versuchte das Vakuum durch eigene Initiativen zu füllen und auf eine Ablösung Brandts hinzuwirken. Bei einem Besuch in Moskau nannte Wehner Brandt *"entückt"* und *"abgeschlafft"*; seine öffentliche Kritik mündete in den Satz: *"Der Kanzler badet gern lau"*.⁸⁶ Aus den intensiven direkten Kontakten des SPD-Fraktionschefs zu Honecker und seinen bisweilen recht eigenmächtigen ostpolitischen Aktivitäten freilich einen Verrat am

⁸³ Vgl. Link, 1986, 233.

⁸⁴ Garton-Ash, 1993, 193.

⁸⁵ Vgl. Jäger, 1986, 114/5.

⁸⁶ "Was der Regierung fehlt, ist ein Kopf"; Der Spiegel 41/1973 (8.10.1973), 25, 27-34, hier 27.

Kanzler konstruieren zu wollen, wie das Bahr später tat, geht an der Realität vorbei.⁸⁷ Auf jeden Fall war Brandt nun ein Kanzler auf Abruf. Den Ausschlag für seinen Rücktritt am 6. Mai 1974 gab schließlich die Enttarnung seines Referenten Günter Guillaume als Agent des ostdeutschen Auslandsgeheimdienstes.⁸⁸ Die DDR, mit der einen Ausgleich zu finden im Mittelpunkt von Brandts Denken und Handeln stand, hatte - Ironie der Geschichte - den Anlaß für die Demission des Kanzlers geliefert.

Für die Nachfolge Brandts gab es nur einen ernsthaften Kandidaten: Finanzminister Helmut Schmidt. In Temperament und Führungsstil unterschied er sich allerdings diametral von seinem Vorgänger: rational und nüchtern, von preußischer Pflichtauffassung, führungsstark und effizient. Sein allen Ideologien abgeneigtes Politikverständnis stand in scharfen Kontrast zum begeisterten und begeisternden Auftreten Brandts. Damit war Schmidt der richtige Mann zur richtigen Zeit. Weder die ökonomische Lage der Bundesrepublik noch die ost- und deutschlandpolitischen Entwicklungen rechtfertigten visionäre Höhenflüge. *"In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite"*, betonte der neue Kanzler in der Regierungserklärung nach seiner Wahl am 17. Mai 1974 und gab damit auch die Eckpunkte seiner künftigen Ost- und Deutschlandpolitik vor. Dies bedeutete kein Abrücken von der Entspannungspolitik seines Vorgängers, sondern ihre Neuinterpretation in einer Phase der Ernüchterung durch einen Politiker, der in Kategorien des *"Gleichgewichts der Kräfte"*, der *"Sicherheit Westeuropas"* und der *"Sorge vor wachsenden Risikogestaltungen im Warschauer Pakt"* - alles Zitate aus der Regierungserklärung - dachte.⁸⁹ Bei allen Kontinuitätsbetonungen waren ein neuer Stil und eine neue Akzentsetzung also unverkennbar. Das fand auch in der Kabinettsbesetzung seinen Ausdruck. Walter Scheel machte Platz für den ost- und deutschlandpolitisch vorsichtiger agierenden Hans-Dietrich Genscher, um sich später zum Bundespräsidenten wählen zu lassen. Auch Egon Bahr, der Architekt der Brandtschen Ostpolitik, schied aus dem engsten Zirkel der Macht aus.

⁸⁷ Vgl. Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, München 1996, 438-447, Enkeltät werden die Vorwürfe Bahrs durch Heinrich Porthoff: *"Im konspirativen Stil"*, *Der Spiegel* 42/1996 (14.10.1996).

⁸⁸ Zur Guillaume-Affäre siehe Bahr, 1996, 117-126.

⁸⁹ "Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Sicherheitspolitik". Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt vor dem Deutschen Bundestag am 17. Mai 1974; in: *Auswärtiges Amt*, 1995, 401-404, hier 402.

Selbst wenn sich Schmidt stärker auf innen- und wirtschaftspolitische Themen konzentrierte und nüchterner an die Beziehungen zu Moskau und Ost-Berlin heranging, versuchte er doch, ein Versanden der Ostpolitik zu verhindern. Das war auch nötig, weil die UdSSR und die DDR nur geringe Bereitschaft zeigten, der Bundesrepublik bei der Umsetzung der Berlin-Vereinbarung und in Fragen der zwischenmenschlichen Beziehungen entgegenzukommen. Der Krenn lehnte etwa den Bonner Wunsch kategorisch ab, West-Berlin in ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Rechtshilfe und Kulturaustausch einzubeziehen. Die SED-Führung setzte ihre schon unter Ulbricht begonnene Politik fort, alle gesamtdeutschen Reminiszenzen aus dem öffentlichen Leben zu tilgen. Nicht Annäherung, sondern Abschottung war die Devise der DDR. Die im Oktober 1974 revidierte Verfassung enthielt in ihrer Präambel etwa nicht länger das Bekenntnis zur *"ganzen deutschen Nation"* wie noch in den Fassungen von 1949 und 1968, sondern sprach vom *"Volk der Deutschen Demokratischen Republik"* und suchte so eine eigene ostdeutsch-sozialistische Identität zu kreieren. Und die Nationalhymne, in der sich die Zeile *"Deutschland, einzig Vaterland"* fand, durfte fortan nur mehr gespielt und nicht mehr gesungen werden.⁹⁰ Um den bilateralen Beziehungen wenigstens einige Impulse zu verleihen, setzte Schmidt vor allem auf die ökonomische Karte. Mit einer großzügigen Ausgestaltung des zinslosen Überziehungskredits der DDR ("Swing") für Einkäufe in der Bundesrepublik erreichte Bonn Reiseerleichterungen und eine Herabsetzung des Mindestumtauschs von 20 auf 13 DM.⁹¹ Wirtschaftliche Anreize waren es auch, die das Interesse der Sowjetunion an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik wachhalten sollten. Seine Überlegungen schilderte Schmidt später so:

Ich war zu dem Eindruck gelangt, daß nur eine dynamische Erweiterung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsaustausches uns über die von beiden Seiten als lästig empfundenen Streitigkeiten über Berlin und das Viermächteabkommen hinweghelfen konnte; so bemühte ich mich sehr, einzelne Großprojekte voranzubringen.⁹²

⁹⁰ Vgl. Beate Neuss: *Die Entwicklung in der DDR: 1969-1989*, in: Dieter Grosser/Stephan Bierling/Beate Neuss (Hg.): *Bundesrepublik und DDR 1969-1990*, Stuttgart 1996, 180, (= Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 11).

⁹¹ Vgl. Porthoff, 1997, 50.

⁹² Helmut Schmidt: *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, 74.

Tatsächlich erwiesen sich die ökonomischen Beziehungen als stabilisierendes Element im bilateralen Verhältnis. Mitte der siebziger Jahre war die Bundesrepublik der mit Abstand wichtigste westliche Handelspartner von DDR und UdSSR.

Die multilaterale Dimension der Ostpolitik: die KSZE

Als im August 1975 die abschließenden Beratungen der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) in Helsinki begannen, hatten die Beziehungen Bonns zu seinen östlichen Nachbarn zwar ihren Aufbruchseilan verloren, aber sie waren insgesamt stabil und berechenbar. In der finnischen Hauptstadt sollte die bilaterale Entspannungspolitik nun auf eine multilaterale Grundlage gestellt werden. Die Idee einer gesamteuropäischen Konferenz ging auf Moskau zurück, das damit eine internationale Anerkennung der Nachkriegsgrenzen erreichen und einen Keil zwischen die USA und Westeuropa treiben wollte. Nachdem sichergestellt war, daß Washington mit an Bord sein würde, ließ sich der Westen auf die Konferenz ein, da sie die Möglichkeit zu bieten schien, umfassende Kooperationsstrukturen mit den Ostblockstaaten zu entwickeln. Die KSZE-Schlußakte behandelte in drei sogenannten "Körben" die zentralen Fragen der Ost-West-Beziehungen: Korb I widmete sich der europäischen Sicherheit und vertrauensbildenden Maßnahmen, Korb II stellte Richtlinien für die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auf, Korb III legte Grundsätze für humanitäre Fragen und den Informationsaustausch fest.⁹³ Die Voraussetzung, daß es überhaupt zu einer Aufstellung solcher Richtlinien kam, war jedoch, daß sie keine rechtsverbindlichen Normen darstellten, sondern allenfalls politisch-moralische Wirkung entfalten konnten.

Die Bundesrepublik engagierte sich in Helsinki vor allem für die in Korb III diskutierten Regeln und legte dabei besonderen Wert auf die Familienzusammenführung und die Verbesserung der Kommunikation zwischen West und Ost. Allerdings konnte sie ihre Vorstellungen wegen der mangelnden Unterstützung der EG-Partner nur mit einigen Einschränkungen in das Abkommen einbringen. Dagegen gelang es Bonn nach zähen Verhandlungen, gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber einigen westlichen Ländern die sogenannte "deutsche Option" durchzusetzen, also den Anspruch, die nationale Einheit durch eine

friedliche Grenzänderung anstreben zu dürfen. Trotz dieses partiellen Verhandlungserfolgs lehnte die CDU/CSU-Opposition die KSZE-Schlußakte ab. Franz Josef Strauß sah darin nur einen weiteren Schritt auf dem von Bahr einst beschrittenen Weg nach einer neuen Ordnung in Europa und holte zu einem Rundumschlag gegen die gesamte Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition aus: "*Wir sagen nicht nein zu diesem oder zu jenem Inhalt der Dokumente, wir sagen zu der Systematik, zu der Konzeption, zu der eingebauten Konsequenz dieses Vertragswerks nein ...*"⁹⁴ Außerdem kritisierte die Opposition, daß es sich bei den Bestimmungen nur um schöne Worte mit wenig Substanz handle, die vom Ostblock ganz anders interpretiert werden würden als vom Westen.⁹⁵ In der Tat zitierten die kommunistischen Staaten mit Vorliebe die in Korb I niedergelegte "Nichteinmischung in innere Angelegenheiten", wenn es um das Helsinki-Abkommen ging,⁹⁶ während für die demokratischen Länder Korb III im Mittelpunkt stand. Die Bilanz der Schlußakte war so auch zwiespältig: Auf der einen Seite kam es zu keinen Verbesserungen bei den Menschen- und Bürgerrechten in Osteuropa - im Gegenteil. KGB und Stasi versuchten sogar mit besonderer Schärfe, ihren Herrschaftsbereich von den in Korb III anvisierten Entwicklungen abzuschotten. Regimekritiker wie Alexander Solschenyzin, Wladimir Bukowski, Andrej Sacharow, Robert Havemann und Wolfgang Biermann wurden verhaftet, in psychiatrische Anstalten gesperrt oder abgeschoben, westliche Korrespondenten in ihrer Arbeit behindert oder ausgewiesen, Politikern vor allem der Union die Einreise in die DDR verweigert. Auf der anderen Seite diente die Schlußakte, die in allen Unterzeichnerstaaten veröffentlicht werden mußte, vielen Dissidenten und Ausreisewilligen als Referenzdokument und katalysierte damit den Widerstand in einigen Ostblockstaaten. Insgesamt entfaltete der KSZE-Prozess nur ein geringes Eigenleben und blieb vom generellen Ost-West-Verhältnis abhängig.

Entspannungspolitik in der Krise

Die Entspannungspolitik, vor allem die amerikanisch-sowjetische Annäherung, hatte bei der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte Ende 1975 allerdings ihren Zenit schon überschritten.

⁹⁴ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte (25.7.1975), 12869.

⁹⁵ Vgl. Link, 1986, 298f.

⁹⁶ Zur KSZE vgl. Wilfried von Bredow: Der KSZE-Prozess, Darmstadt 1992.

⁹⁶ Vgl. Noack, 1981, 158.

Die Aktivitäten Moskaus in Afrika, die Verstärkung der sowjetischen Flottenpräsenz im Indischen Ozean, die vom Kremel betriebene Modernisierung der atomaren Mittelstreckenraketen in Zentraleuropa und die Menschenrechtskampagne des 1977 vereidigten US-Präsidenten Jimmy Carter belasteten das Ost-West-Verhältnis schwer. Immer deutlicher wurde nun das Bemühen der Bundesregierung, ihre Ost- und vor allem ihre Deutschlandpolitik von der Verschlechterung der weltpolitischen Großwetterlage zu isolieren. Dabei war Schmidt bis zu einem gewissen Maße bereit, gegen die Interessen Washingtons zu verstößen und einen eigenen Kurs zu verfolgen. In einem vertraulichen Brief ließ der Kanzler Brezhnev etwa wissen: *"In meinen Augen ist der Streit beider Weltmächte über Angola nicht so wichtig, daß darüber das Vertrauen anderer Völker in die Stetigkeit der Entspannung leiden darf."*⁹⁷ Gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber anderen Ostblock-Ländern setzte die Bundesregierung auf einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, um das Erreichte zu sichern. So kam es bei Brezhnevs zweitem Deutschland-Besuch im Mai 1978 zum Abschluß einer umfassenden Vereinbarung *"über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Industrie"*. Selbst nach dem Nachrüstungsbeschluß der NATO am 12. Dezember⁹⁸ und der Invasion der *Roten Armee* in Afghanistan am 27. Dezember 1979⁹⁹ zeigte sich die sozial-liberale Koalition bemüht, ihre Ostpolitik fortzusetzen und die Wirtschaftsbeziehungen weiterzuführen. Schmidt war denn auch der erste westliche Regierungschef, der nach der Afghanistan-Intervention im Juni 1980 in Moskau mit Brezhnev zusammentraf. Im *Langfristigen Programm* wurde die deutsch-sowjetische Wirtschaftskooperation sogar noch intensiviert, wobei der Energiebereich im Zentrum der Vereinbarungen stand.¹⁰⁰

⁹⁷ Zit. nach Garon Ash, 1993, 139.

⁹⁸ Auf einer Sondersitzung beschlossen die 14 an der militärischen Integration beteiligten NATO-Mitglieder die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa als Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20. Gleichzeitig boten sie der UdSSR Rüstungskontrollverhandlungen an ("Doppelbeschluß").

⁹⁹ Moskau reagierte damit auf die dringenden Hilfesuche der kommunistischen Machthaber in Kabul, die von islamischen Widerstandskämpfern, den Mudschaheddin, schwer bedrängt wurden.

¹⁰⁰ Vgl. Manfred Pohl: *Geschäft und Politik. Deutsch - russisch/sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1850-1988*, Mainz 1988, 187.

Vor allem sollten aber nach dem Wunsch der Bundesregierung die innerdeutschen Beziehungen nicht unter den amerikanisch-sowjetischen Spannungen leiden. Wiederholt drängte der Bundeskanzler auf weitere "Paketgeschäfte" - Erleichterungen für die Menschen im Gegenzug für ökonomische Vorteile - mit der DDR, um den Verhandlungsfäden nicht abreißen zu lassen. Im Frühjahr 1977 machte Schmidt sogar erstmals von der verbreiteten Telefonverbindung mit Honecker Gebrauch, um die weltpolitische Lage und deutsche Probleme zu erörtern.¹⁰¹ Die zunehmenden Friktionen zwischen den beiden Supermächten setzten jedoch dem deutschdeutschen Spielraum der Bundesrepublik Grenzen. Das galt allerdings in noch viel stärkerem Maße für die DDR. Nachdem zunächst auch Honecker versucht hatte, die Beziehungen zu Bonn nicht allzu sehr vom neu aufflammenden Ost-West-Konflikt beeinträchtigen zu lassen, warf er Ende 1980 das Ruder abrupt herum. Ursache dafür waren zum einen das Geheiß aus Moskau, die Blocksolidarität aufrechtzuerhalten, zum anderen die Ereignisse in Polen, wo die KP durch die Anerkennung der Gewerkschaft Solidarnosc ihr Monopol faktisch aufgegeben hatte. Nicht nur ließ der SED-Generalsekretär den Mindestumtausch von 13 auf 25 DM drastisch erhöhen, sondern er brachte in einer Rede in Gera im Oktober 1980 auch alle Maximalforderungen wieder aufs Tapet: die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, die Auflösung der *Zentralen Erfassungsstelle* von SED-Umweht in Salzgitter.¹⁰² Die Bundesregierung reagierte darauf mit dem Versuch, die DDR durch Appelle und direkte Kontakte zur Rücknahme ihrer Maßnahmen zu bewegen. Zu der lange geplanten Spitzenbegegnung zwischen Schmidt und Honecker konnte es aber erst Ende 1981 kommen, nachdem Brezhnev mit einem Besuch in der Bundesrepublik wenige Wochen zuvor sein Interesse an einer Fortsetzung des Ost-West-Dialogs signalisiert hatte.¹⁰³

Vom 11. bis 13. Dezember 1981 traf daraufhin erstmals ein bundesdeutscher Regierungschef mit einem SED-Generalsekretär zu einem Gipfel auf deutschem Boden - genauer: am Werbellinsee - zusammen. Neue Initiativen oder gar ein Durchbruch in den bilateralen

¹⁰¹ Auszüge des Gesprächs sind abgedruckt bei Pothoff, 1997, 360-367.

¹⁰² "Zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der DDR", Neues Deutschland, 14.10.1980, 3-5, hier 4.

¹⁰³ Vgl. Link, 1987, 378.

Beziehungen waren indes nicht zu erwarten. In seinen Memoiren schreibt Schmidt, Honecker habe damals "weder im Ministerrat noch im Politbüro eine Mehrheit für größere Zugeständnisse an uns" besessen.¹⁰⁴ Richtig daran ist, daß sich Stasi-Chef Erich Mielke und andere Politbüro-Mitglieder in Moskau über den angeblich zu Bonn-freundlichen Kurs des Generalsekretärs beklagten.¹⁰⁵ Die implizite Vermutung des Kanzlers, Honecker selbst sei über Stabilitätsbekundungen hinaus an einem grundsätzlichen Entgegenkommen interessiert gewesen, ist allerdings schwer zu belegen. Auf jeden Fall reichte die bisher praktizierte Politik "mehr Menschlichkeit gegen Kasse" - so Schmidt bei der Gipfelvorbereitung zum ostdeutschen Anwalt Wolfgang Vogel - unter den herrschenden weltpolitischen Bedingungen nicht aus, um dem Verhältnis Impulse zu verleihen.¹⁰⁶ Am Werbellinsee konnte man sich nur auf einige kleine Gesten verständigen und auf die gegenseitige Zusicherung, im Dialog zu bleiben.¹⁰⁷ Überschattet wurde das Treffen zudem am letzten Tag von der Nachricht aus Polen, daß KP-Chef General Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht über das Land verhängt, die Solidarnosc verboten und Tausende ihrer Anhänger inhaftiert hatte. Fortschritte in der Ost- und Deutschlandpolitik waren in einem solchen Klima kaum zu erreichen. Bis zum Sturz Schmidts durch ein konstruktives Mißtrauensvotum am 1. Oktober 1982 gab es deshalb in allen Streitfragen nur marginale Fortschritte.

Mit dem Ende der sozial-liberalen Koalition war zweierlei klar geworden: Erstens konnten die Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn, auch die zur DDR, nicht vom Verhältnis der beiden Führungsmächte zueinander abgekoppelt werden. Der Handlungsspielraum Bonns war dabei umso geringer, je konfrontativer sich Washington und Moskau gegenüberstanden. Eine Entspannung zwischen den Blöcken entsprach deshalb nicht nur dem überragenden Interesse der Bundesrepublik, es nicht zu einer kriegerischen Auseinandersetzung an der Nahtstelle der beiden Allianzen kommen zu lassen, sondern stellte auch die Bedingung für eine eigenständigere Bonner Außenpolitik dar. Zweitens: Das Kalkül der

¹⁰⁴ Helmut Schmidt: Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990, 67.

¹⁰⁵ Vgl. Przybylski, 1991, 343-347.

¹⁰⁶ "Gespräche H. Schmidt/Wehner mit Wolfgang Vogel am 9. Dezember 1981 (Bonn)"; in: Potthoff, 1997, 637-651, hier 638.

¹⁰⁷ Vgl. die Protokolle der Unterredungen: "Das Treffen am Werbellinsee/Döllnsee, 11.-13.12.1981"; in: ebd., 652-697. Siehe auch Zimmer, 1992, 53/4.

sozial-liberalen Ostpolitiker, eine Stabilisierung ihrer Herrschaft würde es der SED-Führung erlauben, in humanitären und praktischen Fragen konzilianter aufzutreten, war nicht aufgegangen. Nachdem Ost-Berlin erreicht hatte, was es unter den gegebenen Umständen erreichen konnte, erfolgten "menschliche Erleichterungen" nur mehr in homöopathischen Dosen, die noch dazu ständig davon bedroht waren, zurückgenommen zu werden. 13 Jahre nach seiner Einführung in die praktische Politik war offensichtlich, daß das Konzept "Wandel durch Annäherung" nicht in der beabsichtigten Weise wirkte. Die sozial-liberale Koalition mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie ihre Ost- und Deutschlandpolitik nach einem innovativen Beginn in den späteren Jahren trotz ausbleibender Erfolge allzu unkritisch weiterverfolgte, ohne sich die Frage zu stellen, ob sie denn tatsächlich dem Charakter kommunistischer Regime gerecht wurde.¹⁰⁸ Mehr noch, die Gespräche zwischen SED und SPD über eine gemeinsame Ideologiekenschrift und die Kritik führender Sozialdemokraten am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes - Brandt nannte es 1988 die "Lebenslüge der zweiten deutschen Republik"¹⁰⁹ - und an der Erfassungssstelle von DDR-Unrecht in Salzgitter in den achtziger Jahren zeigten, daß die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten die westdeutschen Sozialdemokraten mehr zu wandeln drohte als die ostdeutschen Kommunisten.¹¹⁰

Skeptische Kooperation:

Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher (1982-89)

Illusionen über die Veränderbarkeit der kommunistischen Diktaturen im Osten Europas konnte man der neuen Bundesregierung nicht unterstellen.¹¹¹ Daß es dennoch nach 1982 zu keinem deutlichen Kurswechsel in der Ost- und Deutschlandpolitik kam, lag zum einen

¹⁰⁸ Vgl. Frank Fischer: Deutsche Ost- und West-Politik im Spiegel von Quellen, NZZ, 16.10.1997, 37.

¹⁰⁹ So Brandt in einem Vortrag mit dem Titel "Deutsche Wegmarken" am 11.9.1988 in Berlin. Abgedr. in: Berliner Lektionen. Lesungen und Gespräche im Westberliner Renaissance-Theater, hg. von Ruth Berghaus, Berlin 1989, 72-88, hier 82.

¹¹⁰ Siehe dazu Roos, 1996, 233f und 306f.

¹¹¹ Zur Deutschlandpolitik der CDU/CSU/FDP-Koalition siehe vor allem Korte, 1998; Matthias Zimmer: Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982-1989, Paderborn 1992; und Heinrich Potthoff: Die "Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren/Dokumente, München 1995.

darán, daß sich die CDU/CSU trotz aller Kritik an den Ostverträgen seit Mitte der siebziger Jahre auf eine konziliantere Linie zubewegt hatte, zum anderen am Verbleib der FDP in der Regierung, was Kontinuität in der Außenpolitik gewährleisten sollte. Allerdings, daran ließ der neue Kanzler Helmut Kohl keinen Zweifel, sollten der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten wieder zentrale Bedeutung eingeräumt und Grundsatzzpositionen gegenüber dem Ostblock wieder nachhaltiger vertreten werden. Es war also mehr als nur Rhetorik, wenn CDU und CSU in ihrer Koalitionsabsprache vereinbarten, *"die deutsche Frage nicht nur theoretisch offen zu halten, sondern für das deutsche Recht auf Einheit und Freiheit aktiv einzutreten"*.¹¹²

Dieser Ansatz entsprach auch der politischen Philosophie und dem Führungsstil Helmut Kohls. Nach den heftigen Auseinandersetzungen um die Ostverträge in der eigenen Partei und dem Wahlschicksal von 1972 hatte er ein Jahr später den Vorsitz der CDU und nach seiner knappen Niederlage gegen Schmidt 1976 auch die Führung der Opposition im Bundestag übernommen. Sein auf Ausgleich bedachter Kurs half, die Zerrissenheit der Partei in der Ost- und Deutschlandpolitik zu überwinden. In einer vielbeachteten Bundestagsrede bekannte sich Kohl im November 1980 zur Rechtmäßigkeit der Ostverträge und forderte, die beiden deutschen Staaten *"müssen füreinander kalkulierbar handeln"*.¹¹³ Über vertrauliche Kontakte signalisierte die CDU den SED-Machhabern außerdem, daß sie nach einem Regierungswechsel in der Bundesrepublik nicht an einer Destabilisierung der DDR interessiert sei. Selbst Strauß, der in den frühen siebziger Jahren die Politik Brandts scharf bekämpft hatte, betonte jetzt nicht allein die Formel *"pacta sunt servanda"* - Verträge müssen gehalten werden -, sondern nahm Anfang 1983 sogar eine Initiative der Vorgängerregierung auf und fädelt einen Milliardenkredit für die in arge finanzielle Schwierigkeiten geratene DDR ein.¹¹⁴ Im Gegensatz taute Ost-Berlin die Selbstschußanlagen und Minen an der innerdeutschen Grenze ab und erleichterte den Reiseverkehr. Obwohl Strauß mit seiner Aktion stärker in die außenpolitischen Kompetenzen des Kanzlers und des Außenministers eingriff als dies je ein Ministerpräsident getan hatte, ließ ihn Kohl gewähren, weil er ihn damit in die eigene

deutschlandpolitische Konzeption einbinden konnte.¹¹⁵ Strauß selbst stellte später mit Genehmigung fest, quasi im Alleingang *"die Union insgesamt und die CSU im besonderen aus einem toten Winkel herausgeholt und Handlungsspielraum hergestellt zu haben"*.¹¹⁶ Mit dem CSU-Chef an Bord konnte die Bundesregierung eine pragmatische Deutschlandpolitik betreiben, ohne Gefahr zu laufen, daß es zu koalitionsinternen Querelen kam.

Die neue Eiszeit zwischen den Supermächten schlug allerdings auf das Verhältnis Bonn - Moskau durch. Auch ökonomisches Entgegenkommen konnte eine Verhärtung der sowjetischen Haltung in dieser Situation nicht verhindern, wie der Bundeskanzler während seines Besuchs in der UdSSR im Juli 1983 erfahren mußte.¹¹⁷ In einer vertraulichen Mitteilung wies der Kreml Ost-Berlin gleich nach der Kohl-Visite an, Bonn gegenüber hart aufzutreten:

Wir halten es für wichtig, in Frage der Mittelstreckenkarten auch weiterhin aktiv auf Bonn einzuwirken und deutlich zu machen, wie sich die "Nachrüstung" der NATO für die Interessen der BRD selbst auswirken kann, darunter auch auf die bilateralen Beziehungen zu den einzelnen sozialistischen Ländern.¹¹⁸

Nach dem Nachrüstungsbeschluß des Deutschen Bundestages am 22. November 1983 verhängte die sowjetische Führung sogar eine Art diplomatische Quarantäne über Westdeutschland, intergouvernementale Kontakte blieben auf formale Routine beschränkt. Ihren tiefsten Punkt erreichten die Beziehungen, als Moskau einen für September 1984 geplanten Staatsbesuch von SED-Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik durch sein Veto verhinderte.¹¹⁹

Dagegen erwiesen sich die deutsch-deutschen Beziehungen auf operativer Ebene als erstaunlich stabil. Schon in seiner Rede zur Stationierung von *Pershing II* und *Cruise Missiles* hatte Kohl in Richtung Honecker gesagt, daß *"die beiden Staaten in Deutschland gerade dann, wenn die internationale Lage schwieriger wird, alle Kraft daran setzen müs-*

¹¹⁵ Vgl. Korte, 1998, 161.

¹¹⁶ Strauß, 1989, 481.

¹¹⁷ Vgl. Hacke, 1993, 377/8.

¹¹⁸ Zit. nach Garton-Ash, 1993, 155.

¹¹⁹ Vgl. Helene Seppä: *Contrasting US and German Attitudes to Soviet Trade, 1917-1991*. Politics by Economic Means, New York 1992, 238.

¹¹² Zit. nach Garton-Ash, 1993, 151.

¹¹³ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 117 (26.11.1980), 47.

¹¹⁴ Siehe dazu Korte, 1998, 161-183; und Strauß, 1989, 470-80.

sen), das *Geflecht der Beziehungen und der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln*".¹²⁰ Am 9. Februar 1984 appellierten CDU, CSU, FDP und SPD mit der ersten gemeinsamen deutschpolitischen Erklärung des Bundestags seit 1972 an Ost-Berlin, auch in schwierigen Zeiten die Zusammenarbeit voranzutreiben. Wörtlich hieß es in der Entschließung:

Die deutsch-deutschen Beziehungen werden von den Beziehungen der beiden Großmächte USA und Sowjetunion in besonderer Weise beeinflusst. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden und die Sicherheit in Europa; beide müssen sich um eine Entschärfung der internationalen Lage bemühen.¹²¹

Tatsächlich blieb die DDR trotz allen schweren propagandistischen Geschützes, das sie gegen die Nachrüstung aufführte, vor allem aus ökonomischen Gründen daran interessiert, den Kontakt zu Bonn nicht abreißen zu lassen. Honecker erwiderte das Wort von der "Verantwortungsgemeinschaft" mit der Aussicht auf "Schadensbegrenzung" und eine "Koalition der Vernunft".¹²² Karl-Rudolf Korte, der für seine Analyse der Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren Einblick in die Dokumente des Kanzleramts erhielt, unterstützt diese Sicht:

Liest man die internen Vermerke, die unmittelbar in der Zeit nach dem Stationierungsschluß über die bilateralen Begegnungen angefertigt wurden, kann man schon den Eindruck gewinnen, daß hier ein Sonderverhältnis mit allen Mitteln gerettet werden sollte.¹²³

Aus verbalen Signalen wurden schon bald konkrete Fakten: Im Rahmen eines zweiten Großdarlehens Mitte 1984 senkte Ost-Berlin den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM und schaffte ihn für Jugendliche unter 14 Jahren ganz ab. Gleichzeitig stieg die Zahl der Übersiedler aus der DDR 1984 steil auf 41.000 an, nachdem sie in den Jahren der sozial-liberalen Koalition um die 11.000 pro Jahr geschwankt war.¹²⁴ Allerdings ging der Ver-

¹²⁰ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sternographische Berichte, Bd. 126 (21.11.1983), 2328.

¹²¹ Der Text findet sich in Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Bd. 2, Bonn 1968ff., 45-47, hier 46f.

¹²² Vgl. Zimmer, 1992, 166.

¹²³ Korte, 1998, 190.

¹²⁴ Die Zahlen 1969 bis 1978 finden sich bei Roth, 1981, 177.

such, sich auf diese Weise der "Eiterbeulen" - wie Stasi-Chef Erich Mielke "unverbesserte" Antragsteller bezeichnete - durch eine einmalige Ausreisesektion zu entledigen, gründlich daneben.¹²⁵ Vielmehr schnellten die Anträge bis 1987 auf 112.000 empor. Da die Zahl der Genehmigungen aber wieder auf das Niveau vor 1984 zurückging, wuchs das Protestpotential immer mehr an.¹²⁶

Bis zu einem gewissen Grad gelang es den beiden deutschen Staaten jedoch, ihre Beziehungen trotz der widrigen weltpolitischen Lage stabil zu halten. Dazu trugen auch die Telefonate und die beiden persönlichen Begegnungen zwischen Kohl und Honecker am Rande der Trauerfeierlichkeiten für die sowjetischen Generalsekretäre Jurij Andropow (1982-1984) und Konstantin Tschernenko (1984-1985) in Moskau im Februar 1984 und im März 1985 bei. Beim zweiten dieser manchmal despektierlich als "Begräbnisdiplomatie" bezeichneten Treffen kam es sogar zur ersten gemeinsamen Erklärung der Vertreter der beiden deutschen Staaten seit Kohls Amtsantritt.¹²⁷ Angesichts so viel deutsch-deutscher Gemeinsamkeit witterte mancher Bündnispartner schon neutralistische Sonderwege Bonns. Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß US-Außenminister George Shultz (1982-1989) im Kanzleramt die "freundliche Bitte" vortragen ließ, Washington doch künftig früher als bisher über seine deutschlandpolitischen Schritte zu unterrichten.¹²⁸ Sein italienischer Kollege Giulio Andreotti provozierte gar einen diplomatischen Eklat mit seiner Bemerkung: "Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei deutsche Staaten sollen es bleiben."¹²⁹ Dies zeigte, daß bei aller Emanzipation der Bundesrepublik vor allem seit 1969 jede ost- und deutschlandpolitische Bewegung, die die enge Bindung Bonns an den Westen auch nur zu berühren schien, von den Verbündeten genau registriert und sofort beantwortet wurde.

¹²⁵ Zit. nach Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, 84.

¹²⁶ Vgl. ebd.

¹²⁷ Der Text findet sich in Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Die Entwicklung der Innerdeutschen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980-1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986, 212.

¹²⁸ Vgl. "Washington möchte früher unterrichtet werden", FAZ, 18.8.1984.

¹²⁹ Zit. bei Heinz Timmermann: Italiens Kommunisten, Andreotti und die deutsche Frage, Köln 1984, 3. (= BI-Ost/Aktuelle Analysen 32/1984)

Von der Eiszeit zum Tauwetter:

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen unter Gorbatschow

Wer sich von der Amtsübernahme Michail Gorbatschows (1985-1991) im März 1985 eine grundlegende Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen erwartet hatte, sah sich zunächst getäuscht. Alle Avancen Bonus wies der Krenl zurück. In einer Sitzung des Politburos betonte Gorbatschow am 27. März 1986, die Strategie, sich im politischen Dialog mit Deutschland zurückzuhalten, die ökonomischen Beziehungen aber weiterzuführen, habe sich als richtig erwiesen. Natürlich beschwerte sich Bonn über die sowjetische Reserviertheit, erklärte der Generalsekretär, aber das sei nicht von Nachteil. Obgleich es langfristig so nicht weitergehen könne, solle diese Linie bis zu den Bundestagswahlen im Januar 1987 beibehalten werden. Die sowjetischen Entscheidungsträger machten kein Hehl daraus, daß sie der Bundesregierung ihre harte Haltung in der Stationierungsfrage noch immer vertribelten.¹³⁰ Kohl verhalte sich "wie ein *Lakai der USA*", weitere Gorbatschow gegenüber Honecker.¹³¹ Eine Wende im bilateralen Verhältnis ziehe man nur dann in Betracht, daran ließ der Krenl keinen Zweifel, wenn sich die Koalition gegen die amerikanischen Rüstungsanstrengungen stelle und die SDI-Pläne nicht mittage.¹³² Zu einer weiteren Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen kam es, als Kohl in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin *Newsweek* im Oktober 1986 die Propagandafähigkeiten Gorbatschows mit denen von Joseph Goebbels verglich.¹³³ Dagegen konnten sich Vertreter der SPD-Opposition bei Besuchen in der UdSSR freundlicher Aufmerksamkeit erfreuen.¹³⁴

¹³⁰ Vgl. Julij Kwizinski: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, 397, 407.

¹³¹ Das Zitat findet sich in der Quellensammlung von Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker-Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993, 99.

¹³² Vgl. Fred Oldenburg: Das Verhältnis Moskau-Bonn unter Gorbatschow, in: Osteuropa, 36. Jg/Nr. 8/9 (August/September 1986), 774-786, hier 781. Siehe auch T. Stephen Larabee: The View From Moscow, in: ders. (ed.): The Two German States and European Security, London 1989, 182-205, hier 193; und Adomeit, 1998, 243f.

¹³³ "Kohl to Reagan: 'Ron, Be Patient', *Newsweek*, 27.10.1986, 19-20, 20. Die relevante Textstelle lautet: "He [Gorbachev; S.B.] is a modern communist leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too." Teleschik bezeichnete diese Äußerung gegenüber dem Verfasser als "unnütziges Ereignis". Zur Reaktion der UdSSR siehe Adomeit, 1998, 260f.

¹³⁴ Vgl. Gerhard Weitz: The Soviet Union and German Unification, Köln 1990, 2-3 (= BI-Ost 38/1990). Für eine Diskussion der sowjetischen Politik gegenüber der europäischen Linken bis 1985 siehe John van Oudenaren: The Soviet Union and the Socialist and Social Democratic Parties of Western Europe, Santa Monica 1985.

Nach ihrem Wahlsieg am 25. Januar 1987 verstärkte die CDU/CSU/FDP-Koalition ihre Kooperationssignale in Richtung Moskau und übernahm damit eine Schrittmacherrolle im Westen. In einer bemerkenswerten deutlichen Rede vor dem *Weltwirtschaftsforum* in Davos warnte Genscher bereits eine Woche später davor, eine Chance von historischem Ausmaß verstreichen zu lassen. "Versuchen wir vielmehr, die Entwicklung von unserer Seite aus zu beeinflussen, voranzutreiben und zu gestalten", appellierte der deutsche Außenminister an die anwesenden Staats- und Wirtschaftsführer.¹³⁵ Solche Aussagen verstand Washington als Kritik an der eigenen Politik - und so waren sie wohl auch gemeint. Auf jeden Fall nahmen die Unmutbekundungen vor allem aus dem US-Verteidigungsministerium über den angeblich allzu sowjet-freundlichen Kurs Genschers hier ihren Anfang; der Begriff *Genscherism* wurde den Falken zum Synonym für eine von Illusionen geleitete Ospolitik.¹³⁶

Im Laufe des Jahres 1987 schwenkte die Sowjetunion auf eine pragmatischere Linie gegenüber der Bundesrepublik ein. Dies hing zum Teil mit den Abrüstungsvereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR zusammen, welche auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen entlasteten; zum Teil war es aber auch Folge des gesteigerten Interesses Moskaus an einer außenwirtschaftlichen Flankierung des binnenwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses und die Einsicht, es für mindestens eine weitere Legislaturperiode mit der unionsgeführten Bundesregierung zu tun zu haben. Erstes konkretes Ergebnis des Bemühens beider Seiten um einen Ausbau der ökonomischen Zusammenarbeit stellte das *Kooperationsabkommen* vom 22. Mai 1987 dar. Mit dem Empfang von Bundespräsidenten von Weizsäcker und der Ministerpräsidenten Bayerns und Baden-Württembergs, Strauß und Späth, signalisierte der Krenl seine Bereitschaft, das bilaterale Verhältnis weiter zu normalisieren. Der Besuch Eduard Schewardnadzes (1985-1990) in der Bundesrepublik im Januar 1988 - der erste eines

Allerdings machten sich in Moskau und Ost-Berlin bald Zweifel breit, ob die Unterstützung für die SPD Früchte tragen würde. "Wir wollen ihnen [der SPD; S.B.] helfen", klagte Honecker im Januar 1987, "aber denen kann man nicht helfen. Niemand glaubt ernsthaft, daß die überhaupt regieren wollen." Adomeit, 1998, 261. Hier zit. in der Übersetzung von Heinrich Maetzke: Stalin hat die DDR verspielt; FAZ, 31.3.1998.

¹³⁵ Hans-Dietrich Genscher: Gorbatschow ernst nehmen - Gorbatschow beim Wort nehmen. Rede vor dem "World Economic Forum" am 1.2.1987 in Davos, in: ders.: Zukunftsverantwortung, Berlin 1990, 7-20, hier 15.

¹³⁶ Das Nachrichtenmagazin *Time* definierte *Genscherism* folgendermaßen: "being soft on the Soviets, weak on NATO, 'wet' on defense". *Time*, 8.5.1989. Vgl. auch Stephen F. Szabo: The Diplomacy of German Unification, New York 1992, 18.

sowjetischen Außenministers seit fünf Jahren - dokumentierte den Sinneswandel Moskaus.¹³⁷ Dieser fand auch in der Zahl von Ausreisegenehmigungen für deutschstämmige Sowjetbürger seinen Ausdruck, die von 870 im Jahr 1985 auf fast 50.000 1988 stieg.¹³⁸

Die Koalition reagierte auf die Zeichen aus Moskau rasch und positiv. Für Oktober 1988 wurde ein Staatsbesuch Kohls in der UdSSR vereinbart, der schon im Vorfeld eine Vielzahl von bilateralen Wirtschaftskontakten auslöste. Unter deutscher Präsidentschaft und auf besonderes Drängen Bonn's nahm die Europäische Gemeinschaft im Juni 1988 offizielle Beziehungen zum *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW) auf.¹³⁹ Den Einwand, eine ökonomische Unterstützung von Gorbatschows Reformpolitik könne die Bedrohung aus dem Osten erhöhen, wies Kohl nun als "*eine Philosophie aus dem Kalten Krieg*" zurück und rief zu einer Modifizierung der westlichen Einbargoliste COCOM auf.¹⁴⁰ Für diesen Kurs fand er nicht nur die Unterstützung der deutschen Wirtschaft, sondern auch der Öffentlichkeit und der Opposition.¹⁴¹ Die Moskauer Gipfelbegegnung vom 24. bis 26. Oktober 1988 bildete einen Wendepunkt für die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Die außenpolitischen Hauptberater der beiden Staatführer, Tschernomajew und Telschick, sprachen von einer "*erstaunlichen Wandlung*"¹⁴² und dem "*Wiederbeginn von vernünftigen deutsch-sowjetischen Beziehungen*"¹⁴³. Gorbatschow erinnerte sich später: "*Wir haben damals einen großen Schritt aufeinander zugebracht, ein neues Kapitel in den deutsch-sowjetischen Beziehungen aufgeschlagen*".¹⁴⁴ Der Boden für eine enge Zusammenarbeit in allen Bereichen war bereitet.

¹³⁷ Vgl. Fred Oldenburg: Moskau und die Wiedervereinigung Deutschlands, Köln 1991, 13. (= BI-Ost, 38/1991)

¹³⁸ Vgl. Sidney Heitman: Soviet Emigration Since Gorbachev, Köln 1989, 12 (Tabelle 4). (= BI-Ost, 62/1989)

¹³⁹ Vgl. Peter Gumbel: Eastern Bloc Hopes to Firm Ties With EC, Wall Street Journal, 13.6.1988, 14.

¹⁴⁰ Zit. nach David Marsh/Judy Dempsey: Bonn Emphasises Stronger Ties With East Europe, Financial Times, 22.7.1988, 1. Übersetzung durch den Verfasser.

¹⁴¹ Für die Haltung der SPD siehe z.B. Wolfgang Roth: Wirtschaftsbeziehungen - COCOM - Gorbatschow; in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 31/Nr. 6 (Juni 1988), 532-536, hier 536.

¹⁴² Tschernomajew, 1993, 229.

¹⁴³ Horst Telschick im Interview mit Ekkhard Kuhn. Ekkhard Kuhn: Gorbatschow und die deutsche Einheit. Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten, Bonn 1993, 28.

¹⁴⁴ Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, 705.

Zu Beginn des Jahres 1989 hatte sich herauskristallisiert, daß die Bundesregierung, die zunächst von Moskau die kalte Schulter gezeigt bekommen hatte, nun von sowjetischer Seite nicht nur auf die gleiche Stufe wie andere Industrieländern gestellt, sondern auch mehr und mehr in eine Schlüsselrolle gedrängt wurde; das Kabinett Kohl war bereit, diesen Part zu übernehmen. Die deutsche Forderung nach einem Abbau der nuklearen Kurzstreckentraketen in Europa gegen den Widerstand Washingtons und Londons wurde von Moskau als weiterer Beleg gesehen, daß die Bundesrepublik den eigenen Europa- und Abrüstungspolitischen Vorstellungen inzwischen von allen Mächten im Westen am nächsten stand. Auch was die Unterstützung für den Reformprozeß anlangte, setzte die sowjetische Führung auf Bonn. "*Unsere Partnerwahl ist auf die Bundesrepublik gefallen*", erklärte ein enger Berater Gorbatschows.¹⁴⁵

Der Staatsbesuch des sowjetischen Präsidenten in Deutschland vom 12. bis zum 16. Juni 1989 stand so unter einem günstigen Stern. Gorbatschow wurde von den Bonner Bürgern gefeiert, die Gespräche mit den Spitzenvertretern der deutschen Industrie verliefen positiv. Der Kanzler und der Präsident kamen sich auch persönlich näher, boten sich die Duzfreundschaft an, erzählten sich in einer lauen Sommernacht nur mit ihren Dolmetschern auf einer Mauer am Rheinufer sitzend ihre Kriegeserlebnisse und philosophierten über die Geschichte, das Leben und die Politik. Gorbatschows Bericht über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes mündete in die Frage, ob der Kanzler "*in der Lage und willens*" sein würde, ihm sofortige Hilfe zu gewähren, wenn er ihn einmal dringend darum bitten müsse.¹⁴⁶ "*Ich antwortete ihm mit einem uneingeschränkten Ja*", erinnerte sich Kohl später.¹⁴⁷ Wie schnell dieser Fall eintreten sollte, dürften beide Politiker nicht geahnt haben. Offiziellen Höhepunkt des Besuchs bildete die Unterzeichnung einer *Gemeinsamen Erklärung*. Darin bekannten sich die Bundesrepublik und die UdSSR zu Selbstbestimmung, Abrüstung, friedlichem Konfliktstrag, wirtschaftlicher Kooperation und Abbau der Konfrontation in Europa. Erstmals hatte sich damit ein westlicher Staat bereit gefunden, die

¹⁴⁵ So Alexander Jakowlew im Gespräch mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Zit. nach "Unsere Partnerwahl", Der Spiegel, 25/1990 (19.6.1989), 23/4.

¹⁴⁶ Zit. nach Garon Ash, 1993, 177. Die Ausführungen Asht beruhen auf einem Interview mit Kohl.

¹⁴⁷ Helmut Kohl: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996, 42.

Prinzipien der neuen sowjetischen Außenpolitik in einem bilateralen Dokument zu unterstützen.¹⁴⁸

Deutschlandpolitik in den letzten Jahren der DDR

Gorbatschows Amtsantritt beeinflusste die deutsch-deutschen Beziehungen zunächst kaum. Sticheleien der DDR wie die massive Einschleusung von Asylsuchenden über Ost-Berlin konnten durch finanzielles Entgegenkommen Bonns geregelt werden.¹⁴⁹ Der Reiseverkehr von Ost- nach Westdeutschland verdreifachte sich gar von 1986 auf 1987 auf fünf Millionen. Nachdem Gorbatschow einen Honecker-Besuch in der Bundesrepublik 1986 noch verhindert hatte,¹⁵⁰ erhob er keine Einwände gegen einen neuen Termin im September des nächsten Jahres. Der Bundeskanzler, der zwar die Einladung Schmidts an Honecker erneuert, sich aber lange gegen den Besuch gestäubt hatte, willigte schließlich ein, weil er - so sein enger Vertrauter Ackermann - "die in Aussicht stehenden Verbesserungen für die Menschen in der DDR, vor allem im Hinblick auf die Reiseerleichterungen, nicht gefährden wollte".¹⁵¹ Noch am Tage des Empfangs klagte Kohl, das Ereignis sei "eine der bittersten Stunden in seiner politischen Laufbahn".¹⁵² Auch deshalb legte er besonderen Wert darauf, daß seine Tischrede live im Fernsehen übertragen wurde, in der er den Umrechnungscharakter des SED-Regimes geißelte. Gerade als Regierungschef, unter dessen Ägide es mit dem Honecker-Besuch zu einer neuen Qualität der protokollarischen Anerkennung der DDR und der deutschen Teilung kam, betrachtete es Kohl als seine Aufgabe, die Gegensätze zwischen den beiden Systemen schärfer und grundsätzlicher anzusprechen als dies ein wichtiger Repräsentant der Bundesrepublik im direkten Kontakt in den letzten zwanzig Jahren getan hatte:

¹⁴⁸ Vgl. Rafael Biermann: Zwischen Krenn und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997, 135.

¹⁴⁹ Vgl. dazu Pothoff, 1995, 28-30.

¹⁵⁰ Vgl. Garton Ash, 1993, 252/3.

¹⁵¹ Eduard Ackermann: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Republik, Bergisch Gladbach 1994, 273.

¹⁵² So Schähle, zit. nach Werner Filmer/Herbert Schwan: Wolfgang Schähle. Politik als Lebensaufgabe, München 1992, 163.

Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, daß alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können. ... Gerade auch an der Grenze mitten durch Deutschland darf Anwendung und Androhung von Gewalt nicht länger ein Mittel der Politik sein. Wirklicher Friede ist auch nicht möglich ohne Gewährleistung der Menschenrechte.¹⁵³

Honecker ließ diese Ansprache stoisch über sich ergehen, bedeutete der Empfang mit fast allen Ehren, die einem Staatsoberhaupt zustehen, für ihn doch die "Kronung seines Lebenswerkes".¹⁵⁴ Der Besuch, so hieß es im Bericht für das SED-Politbüro, sei "das wichtigste Ereignis" seit dem Grundlagenvertrag, und weiter: "... die durchgesetzte politische und protokollarische Behandlung des Genossen Erich Honecker als Staatsoberhaupt eines anderen souveränen Staates dokumentierten vor aller Welt Unabhängigkeit und Gleichberechtigung beider deutscher Staaten".¹⁵⁵

Es ist nicht ohne Ironie, daß in der Stunde des größten Triumphs der SED ihre Machtbasis bereits ins Rutschen geraten war. Insofern erinnerte die Zelebration von Honeckers Bonn-Reise an das bekannte Pfeifen im Walde. Gorbatschows Reformpolitik, das sah man in Ost-Berlin nämlich klarer als in Moskau, würde über kurz oder lang das Machtpopol der kommunistischen Partei in Frage stellen. In seiner aufsehererregenden Rede vor der UNO-Generalversammlung im Dezember 1988 betonte der sowjetische Generalsekretär, daß jedes Land die freie Wahl habe, welchen politischen Weg es einschlagen wolle. Dies bedeutete de facto die Aufhebung der *Breschnew-Doktrin*, die eine militärische Intervention Moskaus im Falle eines Abgehens vom sowjetischen Sozialismusmodell androhte. Während aber in den anderen Ostblockländern damit nur das Gesellschaftssystem zur Disposition stand, mußte eine solche Entwicklung in der DDR die Existenzberechtigung des Staats unterminieren. Die DDR habe stets "nur als sozialistische Alternative zur BRD" bestehen können, erkannte der SED-Chefideologe, Otto Reinhold, im Sommer 1989 heilsichtig.¹⁵⁶

¹⁵³ "Gespräche mit Generalsekretär Honecker". Ansprache von Bundeskanzler Kohl am 7. September 1987 (Auszug); in: Auswärtiges Amt, 1995, 551-3, hier 553.

¹⁵⁴ Filmer/Schwan, 1992, 164.

¹⁵⁵ Das Dokument findet sich bei Pothoff, 1995, 564-575, hier 570.

¹⁵⁶ So Reinhold am 19. August 1989 in Radio DDR II; zit. nach der Abschrift des Bundespressamts (DDR-Spiegel, 22.8.1989).

Die SED fand sich dabei in einer "doppelten Fromstellung"¹⁵⁷. Nach Westen mußte sie sich gegen Marktwirtschaft und Demokratie, nach Osten gegen Perestroika und Glasnost abgrenzen. Schon gegenüber der Bundesrepublik wurde es angesichts der Zunahme der Westreisen immer schwieriger, sich abzuschotten. Aber das konnte man im Notfall noch steuern. So beschloß das Politbüro am 23. Februar 1988, die Reiseregelung wieder restriktiver zu handhaben.¹⁵⁸ Schwieriger, wenn nicht unmöglich, war es jedoch, sich von den Liberalisierungstendenzen bei der Bündnisvormacht und den anderen Ostblockstaaten zu isolieren. Sowjetische Zeitschriften konnte man nur in begrenztem Umfang nicht ausliefern, Gorbatschow-Reden nicht völlig bedenkenlos zensurieren.¹⁵⁹ Unter dem massiven Druck Moskaus mußte die DDR in Wien im Frühjahr 1989 einem KSZE-Abschlußdokument zustimmen, das grundlegende Menschen- und Bürgerrechte betonte. Gegenüber Sowjetbotschafter Wjatscheslaw Kotschennasow qualifizierte dies Honecker mit der Feststellung: "Wir geben Weisung, dieses Dokument zu unterzeichnen, werden es aber nicht erfüllen."¹⁶⁰ Spätestens seit den wieder einmal gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 formierten sich Widerstandsgruppen in der DDR. Im August begann die Massenfucht über Ungarn. Sie wirkte wie ein Katalysator für die Ereignisse in Ostdeutschland und dokumentierte auf dramatische Weise die fehlende Legitimation des SED-Regimes. Erst unter dem Eindruck der Flucht breiteten sich die oppositionelle Bewegung wie ein "Flächenbrand" (Eckhard Jesse) über das gesamte Land aus.

Die Bundesrepublik, die nach dem Honecker-Besuch bemüht war, die Deutschlandpolitik wieder aus den Schlagzeilen zu bringen, betrieb zunächst business as usual. Der DDR sollte weiter kein Anlaß gegeben werden, ihre Destabilisierungstänge durch Pressionen gegen die eigene Bevölkerung zu kompensieren. In der letzten großen Verhandlungsrunde vor dem Fall der Mauer erklärte sich Bonn deshalb im Spätsommer 1988 bereit, die im nächsten Jahr auslaufende Transipaushale von 525 Mio. DM auf 860 Mio. DM pro Jahr bis 1999 zu erhöhen. Selbst als das Kanzleramt im Frühjahr 1989 von der explodierenden Zahl

¹⁵⁷ Zimmer, 1992, 206.

¹⁵⁸ Vgl. Hertle, 1996, 79.

¹⁵⁹ Zur Abschottung der DDR vor "subversiven" Einflüssen aus der Sowjetunion siehe Adomeit, 1998, 292f.

¹⁶⁰ Zit. nach Wjatscheslaw Kotschennasow: Meine letzte Mission, Berlin 1994, 76.

von Ausreisearträgen von DDR-Bürgern erfuhr, versuchte es, seine Politik der behutsamen kleinen Schritte für menschliche Erleichterungen fortzusetzen.¹⁶¹ Wiederholt versicherte die Bundesregierung SED-Spitzenpolitikern, daß man zwar keinen Flüchtling zurückweisen werde, aber auch niemanden zum Verlassen der DDR animiere. Gerade zu Beginn der Massenfucht im August und September plädierte Kohl im Kabinett nachhaltig für öffentliche Zurückhaltung in dieser Frage und erklärte, daß sich eine Politik der Destabilisierung verbiete.¹⁶² Sogar als Honecker bei der Feier des 40. Jahrestags der DDR am 6. Oktober 1989 den Versuch "einflußreicher Kräfte der BRD" gelbete, "die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung durch einen Coup zu beseitigen", hielt Bonn still.¹⁶³ Dabei dürfte nicht nur die Rücksichtnahme auf die Entwicklungen in der DDR eine Rolle gespielt haben, sondern auch das Bemühen, die östliche Vormacht Sowjetunion davon zu überzeugen, daß man in der Bundesrepublik kein Interesse an einer Verschärfung der Lage in der DDR hatte.

Erst Anfang November leitete Kohl einen konzeptionellen Wandel seiner Deutschlandpolitik ein. Die Lage hatte sich nach der Absetzung Honeckers am 18. Oktober und dem massenhaften Zustrom zu den Montagedemonstrationen in Leipzig so zugespitzt, daß er in einer Regierungserklärung am 8. November die bis dahin gelübte Zurückhaltung aufgab:

Sie [die Flucht; S.B.] ist zugleich eine eindeutige Absage an ein politisches System, das die grundlegenden Rechte des einzelnen, seine Freiheit und sein persönliches Wohlergehen mißachtet. ... Die Menschen in der DDR werden sich mit dem Machtmonopol der SED nicht abfinden.¹⁶⁴

In der Tat gelang es SED und Stasi weder durch brutale Zerschlagung friedlicher Demonstrationen noch durch die Wahl von Krenz zum Generalsekretär, das Heft des Handelns wieder an sich zu reißen. Am 9. November öffnete das Politbüro in einem Akt der Ver-

¹⁶¹ Siehe dazu das Gespräch von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters mit Honecker am 4.7.1989 in Ost-Berlin; in: Pothoff, 1995, 957-964.

¹⁶² Vgl. Korte, 1998, 454.

¹⁶³ "Festansprache Erich Honeckers zum 40. Jahrestag der DDR", Neues Deutschland, 9. Oktober 1989, 3/4.

¹⁶⁴ "Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation", Erklärung von Bundeskanzler Kohl am 8. November 1989 vor dem deutschen Bundestag (Auszüge); in: Auswärtiges Amt, 1995, 605-612, hier 605, 609.

zweiflung und Verwirrung die Mauer.¹⁶⁵ Das gesamte Herrschaftssystem der SED geriet nun ins Rutschen. Am 28. November überraschte Kohl das In- und Ausland mit einem zehn Punkte umfassenden Plan, mit dem die deutsche Teilung überwunden werden sollte. Vor- gesehen war ein langsamer Prozeß in Phasen, der über konföderative Strukturen letztlich zu einem Bundesstaat geführt hätte. Daß diese Initiative nicht zum Tragen kam, lag am Druck der DDR-Bevölkerung auf eine schnelle Vereinigung. Das Zwei-Staaten-Konzept mußte so innerhalb weniger Wochen ad acta gelegt werden. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit stand nun fast zehn Monate im Mittelpunkt der bundesdeutschen Außenpolitik.

6.2. Deutsche Sicherheitspolitik im Zeichen von Entspannung und Konfrontation

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatten sich in der Sicherheitspolitik folgende für die Bundesrepublik und die westliche Allianz zentralen Tendenzen herauskristallisiert: 1) Westdeutschland blieb ein Importeur von Sicherheit und war deshalb vom wichtigsten Exporteur von Sicherheit, den Vereinigten Staaten, in besonderem Maße abhängig; 2) die USA richteten ihre Bündnispolitik seit Ende der fünfziger Jahre zunehmend weniger an den Wünschen und Bedenken der Bundesrepublik aus, sondern maßten den eigenen nationalen Interessen, dem bilateralen Ausgleich mit der Sowjetunion und innenpolitischen Erwägungen stärkere Bedeutung zu; Ausdrück fand dies unter anderem in der 1962 von den USA einseitig verkündeten Doktrin der flexiblen Antwort, die aus europäischer und deutscher Sicht eine Verwässerung der unbedingten amerikanischen Nukleargarantie darstellte; und 3) begannen mehrere westeuropäische Länder eine eigenständige, mit Washington nicht abgestimmte Politik gegenüber Moskau zu verfolgen.¹⁶⁶

Der Harmel-Bericht

Um die schleichende Erosion der westlichen Sicherheitspolitik zu stoppen und das Bündnis wieder auf eine solide Grundlage zu stellen, aber auch um ein Entspannungssignal in Rich-

¹⁶⁵ Die wohl definitive Darstellung der Hintergründe der Maueröffnung bietet Hertle, 1996.

¹⁶⁶ Für den Zeitraum bis 1982 siehe vor allem Helge Haftendorn: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, München 1986. (Im folgenden Haftendorn, 1986a)

tung Osten zu senden, verabschiedeten die NATO-Außenminister im Dezember 1967 eine Agenda für die künftigen Aufgaben der Allianz. Dieses nach dem belgischen Außenminister Harmel benannte Dokument betonte zwar, die erste Aufgabe der NATO sei es, "eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggression und anderen Formen von Druckanwendung abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedstaaten zu verteidigen, falls es zur Aggression kommt". Aber, so der Harmel-Bericht weiter, "militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar".¹⁶⁷ Abschreckung und politische Zusammenarbeit sollten also in Zukunft die beiden Pfeiler der westlichen Politik gegenüber den Warschauer Pakt-Staaten bilden.

Mit der Amtsübernahme der sozial-liberalen Koalition schwenkte auch die Bundesrepublik auf diesen Kurs ein. Bis dahin hatte Bonns Ostpolitik seine Sicherheitspolitik behindert, weil sie darauf abzielte, die deutsche Frage offen zu halten, und deshalb Rüstungskontrollmaßnahmen wegen ihrer verfestigenden Wirkung auf den europäischen Status quo ablehnte. Als Brandt in seiner Regierungserklärung die politischen und territorialen Ergebnisse des 2. Weltkriegs anerkannte und eine Vertragspolitik mit dem Osten einleitete, war der Weg frei für eine aktive Mitarbeit der Bundesrepublik an Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.¹⁶⁸

Die sicherheitspolitische Konzeption des Westens stützte sich seit den frühen sechziger Jahren auf drei Waffenbereiche: den *taktischen*, der Streikräfte, nicht-nukleare Bewaffnung und nukleare Bewaffnung von einer Reichweite von unter 150 km umfaßte und geographisch mitten in Europa angesiedelt war; den *eurostrategischen*, der nukleare Trägersysteme von einer Reichweite von 150 bis 5500 km einschloß; und den *interkontinentalen*, der auf den amerikanischen Langstreckennuklearen mit einer Reichweite von über 5500 km basierte. Zusammen bildeten die drei Teile die sogenannte "Triade".¹⁶⁹ In den Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesprächen ging es seit den frühen siebziger Jahren um Interkontinentalraketen

¹⁶⁷ "Der Harmel-Bericht: Die künftigen Aufgaben der Allianz". Anhang zum Schlusskommuniqué der NATO-Ministerratung vom 13.-14. Dezember 1967 in Brüssel; in: Auswärtiges Amt, 1995, 311-313; hier 311.

¹⁶⁸ Vgl. Hanrieder, 1995, 78.

¹⁶⁹ Zur Bedeutung von Atomwaffen siehe grundsätzlich Uwe Nerlich/Truiz Rendtorff (Hrsg.): Nukleare Abschreckung - Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität, Baden-Baden 1989.